

Publiziert unter: Alexander Dietz, Armut – Gemeinde – Sozialraum, in: Gerhard Schäfer, Barbara Montag, Joachim Deterding (Hg.), „Arme habt ihr immer bei euch“. Armut und soziale Ausgrenzung wahrnehmen, reduzieren, überwinden, Göttingen 2018, 413-421.

// Seite 413 //

Alexander Dietz

Armut – Gemeinde – Sozialraum

1. Teilhabedefizite treten stets in einem konkreten Sozialraum auf

Weil Teilhabe nichts Abstraktes, Ortsloses ist, sondern nur von bestimmten Menschen an bestimmten Orten im Blick auf bestimmte Aspekte erfahren werden kann, darum ist auch Armut, verstanden als mangelnde gesellschaftliche Teilhabe, nichts Abstraktes, sondern hat immer einen physischen, räumlichen Bezugspunkt. Teilhabe wird in der Regel vor Ort ermöglicht oder gar nicht. Ein Lebensraum, ein Gemeinwesen bietet für die Bewohnerinnen und Bewohner beispielsweise bestimmte Wohnmöglichkeiten, Arbeitsmöglichkeiten, Einkaufsmöglichkeiten und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Sind die Mieten zu hoch, werden Menschen mit geringem Einkommen ausgegrenzt. Gibt es keine Fahrstühle, wird älteren Menschen und Menschen mit Gehbehinderung, die keine Wohnung im Erdgeschoss bekommen haben, die Teilnahme an kulturellen Angeboten unmöglich gemacht. Gibt es keine Ärzte vor Ort, ist die medizinische Versorgung für Menschen ohne Auto nicht gewährleistet. Gibt es keine öffentlichen Verkehrsmittel, ist der Bewegungsradius bestimmter Bevölkerungsgruppen auf die unmittelbare Nachbarschaft beschränkt. Insbesondere für die steigende Anzahl von Menschen, für die Erwerbsarbeit als entscheidender Faktor für gesellschaftliche Teilhabe nicht, noch nicht oder nicht mehr möglich ist, wird das Gemeinwesen zum entscheidenden Ort von Teilhabemöglichkeiten.

In den letzten Jahren hat sich der sozioökonomische Wandel stark im sozialräumlichen Gefüge niedergeschlagen. In ländlichen Räumen schrumpfte die Bevölkerung, die Infrastruktur wurde spürbar abgebaut, große Bevölkerungsgruppen haben kaum noch Zugang zu Bildung und Kultur, Arbeitsmöglichkeiten und medizinischer Versorgung. Armut, insbesondere in Form von verdeckter bzw. verschämter Armut, nimmt entsprechend zu. In Städten konzentriert sich die Armut zunehmend auf benachteiligte Stadtteile (Segregation). In solchen Stadtteilen ist

nicht nur der durchschnittliche Gesundheitszustand der Bewohnerinnen und Bewohner signifikant schlechter. Hier entstehen

// Seite 414 //

und häufen sich soziale Probleme auf der Straße. Dadurch entstehen Spannungen, welche die ohnehin geringen Teilhabe- und Entwicklungschancen der Betroffenen untergraben, so dass ganze Bevölkerungsgruppen dauerhaft ausgegrenzt werden. Daran wird deutlich, dass Räume bei der Entstehung und Entwicklung solcher Probleme eine Rolle spielen, aber dass hier auch Stellschrauben zu deren Bewältigung liegen. Teilhabechancen benachteiligter Menschen hängen insbesondere davon ab, wie kommunale Handlungsspielräume zur Gestaltung der Unterstützungsstrukturen vor Ort genutzt werden. Dabei spielen vor allem die Infrastrukturgestaltung, die politischen Konzepte zur sozialen Stadtentwicklung und die Verzahnung von zivilgesellschaftlicher Solidarität und sozialstaatlichen Angeboten eine wichtige Rolle.

2. Eine Bearbeitung von Teilhabedefiziten muss sozialräumlich erfolgen

Die traditionelle einzelfallorientierte Soziale Arbeit sowie kommunale Sozialpolitik kann nur noch reagierend handeln und versuchen, die Symptome, die aus Versäumnissen und Fehlern in diversen Politikbereichen resultieren, punktuell zu lindern. Darum hat sich in der Sozialen Arbeit bereits seit den neunziger Jahren zunehmend die Einsicht durchgesetzt, dass ein Perspektivenwechsel vom Einzelfall zum Gemeinwesen („vom Fall zum Feld“) fachlich geboten ist. Gemeinwesenorientierung als grundlegendes Arbeitsprinzip für alle Bereiche Sozialer Arbeit überwindet die Orientierung an versäulten, zersplitterten Hilfsangeboten und setzt auf umfassende Lösungsansätze und Prävention durch Lebensraumgestaltung. Die handlungsleitenden Kriterien des Ansatzes lauten: sozialräumliche Strategie zur Verbesserung der Lebensverhältnisse anstelle einer pädagogischen Ausrichtung auf Einzelne, Orientierung an Themen und Interessen der Menschen, zielgruppenübergreifendes Handeln, Aktivierung der Menschen in ihrer Lebenswelt, Nutzung der vorhandenen Ressourcen, Vernetzung und Kooperation, methodenübergreifende und interdisziplinäre Arbeit, politischer Anspruch. Dadurch erweitern sich die Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten für Soziale Arbeit, Politik – und vor allem auch für die betroffenen Menschen selbst – deutlich.¹

¹ Vgl. *Oelschlägel*, Zum politischen Selbstverständnis, 30.

Im deutschen sozialstaatlichen Modell spielen die Kommunen eine wichtige Rolle. Sie haben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Aufgabe, in ihrem Gebiet anstelle von Armut und Ungleichheit eine sozial ausgewogene Ausgestaltung der lokalen Lebensbedingungen sicherzustellen sowie eine flächendeckende Versorgung mit sozialen Diensten und Einrichtungen im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu garantieren. Angesichts der zunehmenden Ungleichheit und Armut bei gleichzeitiger Einschränkung der kommunalen Finanzen sind die Kommunen mit ihrer Aufgabe dauerhaft strukturell überfordert. Es besteht dringender finanzpolitischer Handlungsbedarf, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Ungeachtet dieser Rahmenbedingungen wird vielen Kommunen zunehmend klar, dass sie ihre sozialen Aufgaben nur mittels integrierter Konzepte zur sozialen Stadtentwicklung lösen können. Das Arbeitsprinzip der Gemeinwesenorientierung bzw. Sozialraumorientierung ist also auch in den Verwaltungen angekommen.

Die zunehmende Segregation führt dazu, dass die Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Stadtteile mit dem Gemeinwesen und damit der soziale Zusammenhalt in den Städten und Kommunen verloren zu gehen droht. Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Segregation Armut verstärkt. Armutsprävention kann hier nur durch eine gezielte Förderung der Ressourcen benachteiligter Gruppen und Stadtteile sowie eine sozialräumliche Gegensteuerung zu Segregationsprozessen gelingen. Das Gemeinwesen ist der Ort sozialer Integration. Auch im Blick auf die allenthalben geforderte Integration von Migrantinnen und Migranten leugnet niemand, dass Integration vor Ort stattfinden muss, während gleichzeitig die Rahmenbedingung dafür meist nicht vor Ort bestimmt werden und oft hinderlich sind. Ähnlich deutlich zeigt auch das Beispiel der Kinder- und Jugendhilfe, dass umfassende Benachteiligungen nur durch ganzheitliche Ansätze bearbeitet werden können, die auch das Umfeld einbeziehen. Kommunale Strategien zur Prävention von Kinderarmut erfordern das Aktivwerden von Politik und Verwaltung auf vielen unterschiedlichen Ebenen unter Berücksichtigung politischer, sozialer, pädagogischer und planerischer Aspekte. Letztlich bedarf es eines kommunalen Gesamtkonzepts mit einer Präventionskette von der Geburt bis zum Berufseinstieg, das mit allen relevanten Akteuren vor Ort abgestimmt wurde. Teil dieses notwendigen Kooperationsnetzwerks sind auch die Bürger mit ihrem persönlichen Engagement, ohne deren Bereitschaft soziale Integration nicht gelingen kann.²

² Vgl. Holz, Kommunale Strategien, 308 und 313.

Auch für einen erfolgreichen Kampf gegen die zunehmende Altersarmut bzw. Teilhabedefizite älterer Menschen braucht es eine ressortübergreifende Altenhilfeplanung, die mit anderen kommunalen Fachplanungen und -ebenen vernetzt ist. Koordination und Vernetzung bedürfen angesichts der kooperationswidrigen Bedingungen des Wettbewerbs der Dienstleister untereinander einer dezidierten Förderung durch eine proaktive Kooperation kommunalpolitischer sowie weiterer Akteure mit Multiplikatoren vor Ort. Anders kann nicht sichergestellt werden, dass älteren Menschen – insbesondere in benachteiligten Stadtteilen – gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird. Das physische Vorhandensein von Angeboten reicht nicht aus, wenn diese nicht auch offen, zugänglich, und vernetzt sind.³

3. Kirchengemeinden können einen wichtigen Beitrag zur sozialräumlichen Bearbeitung von Teilhabedefiziten leisten

Die Armut-Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland von 2006 formuliert: „Eine Kirche, die auf das Einfordern von Gerechtigkeit verzichtet, deren Mitglieder keine Barmherzigkeit üben und die sich nicht mehr den Armen öffnet oder ihnen gar Teilhabemöglichkeiten verwehrt, ist – bei allem möglichen äußeren Erfolg und der Anerkennung in der Gesellschaft – nicht die Kirche Jesu Christi.“⁴ Versteht man diese Aussage gesetzlich bzw. im Sinne einer ethischen Status-confessionis-Aussage, wäre sie unevangelisch. Aber versteht man sie (angemessen) als Darstellung eines Wesensmerkmals christlichen Lebens, ist sie erfreulich deutlich. Sie spricht drei wichtige Dimensionen kirchlich-diakonischer Verantwortung im Blick auf Armut an. Erstens: Hilfesuchende konkret unterstützen, zweitens: politische Sozialanwaltschaft und drittens: Kirchen sollen sich für die Armen öffnen, so dass Arme in den Kirchen Heimat und Teilhabemöglichkeiten finden. Gerhard Wegner spricht in diesem Sinne davon, dass die von der Gesellschaft zu „Überflüssigen“ erklärten Menschen durch die Kirchen „mittels der Integration in ihre eigenen Strukturen dazu befähigt [werden], wieder in die gesellschaftliche Öffentlichkeit integriert“ zu werden. Diese Aufgabe der „Kirchen als Inklusionsagenten“ käme „darin zum Ziel, dass Menschen selbstbestimmt ihre Teil-

³ Vgl. *Kümpers u.a.*, Zur Bedeutung, 86 und 93.

⁴ *Kirchenamt der EKD*, Gerechte Teilhabe, 15.

haberechte in der Gesellschaft ergreifen und sich entsprechend in die Gesellschaft einbringen.“⁵ Dass die Realität meist anders aussieht, bemerkt auch die Armuts-Denkschrift selbstkritisch: Ärmere Menschen sind in vielen Kirchengemeinden nicht sichtbar und fühlen sich dort nicht einmal willkommen.⁶ Soll diese aus theologischer Sicht verheerende Situation überwunden werden, muss die kirchengemeindliche Wahrnehmung sozialräumlich ausgeweitet werden, und es muss die Bereitschaft dazu wachsen, Milieugrenzen zu überwinden und den anderen Menschen im Sozialraum näher zu kommen. Das bedeutet nicht unbedingt eine Ausweitung der Aktivitäten, sondern eine neue Perspektive für die vorhandenen Aktivitäten und eine Überprüfung aller Angebote daraufhin, ob sie „armengerecht“ oder stattdessen potenziell ausgrenzend sind.⁷ Weil Kirchengemeinden – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht – wichtige Akteure im Gemeinwesen sind, liegen in der bewussten Übernahme von sozialer Verantwortung durch Gemeinden große Chancen. Kirchengemeinden verfügen über eine flächendeckende gut ausgebaute Infrastruktur für Aktivitäten, die Teilhabe ermöglichen. Sie bieten zahlreiche Möglichkeiten zu freiwilligem Engagement. Und sie eröffnen ausgegrenzten Menschen Kontakte und Netzwerke, die für das Wohlergehen und die Teilhabe von höchster Bedeutung sind.⁸

Kirchengemeinden können beispielsweise positive Beiträge zur Entwicklung ihres Gemeinwesens, zur Bearbeitung von Teilhabedefiziten leisten, indem sie zunächst Armutssituationen sensibler wahrnehmen (z. B. offene Kindergartenrechnungen, Fernbleiben bei kostenpflichtigen Angeboten in der Konfirmandenarbeit) und Ausgrenzungsmechanismen vermeiden (z.B. Mitarbeit im Kirchenvorstand auch für die, die sich keine Kinderbetreuung leisten können), indem sie Neues ausprobieren, um Menschen mit wenig Geld einzuladen, Runde Tische gegen Armut initiieren, Betroffenen durch wertschätzende Ansprache einen Perspektivenwechsel ermöglichen und ihnen Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung eröffnen.⁹ Gerade auch im ländlichen Raum nutzen Kirchengemeinden oft noch nicht ihre diesbezüglichen Chancen. Allein schon das öffentliche Thematisieren von Armut könnte Be-

// Seite 418 //

⁵ Wegner, *Enabling Churches*, 220.

⁶ Vgl. *Kirchenamt der EKD*, *Gerechte Teilhabe*, 75.

⁷ Vgl. *Grosse*, *Von einer Kirche*, 315, 319 und 322.

⁸ Vgl. *Horstmann u.a.*, *Gott im Gemeinwesen*, 6 und 51.

⁹ Vgl. *Sozialwissenschaftliches Institut der EKD u.a.*, *Solidarische Kirchengemeinde*, 12ff.

troffenen dabei helfen, aus dem Teufelskreis von Vorurteilen und dem Verbergen der eigenen Not auszubrechen. Angesichts der sozialen Kontrolle und Schuldzuschreibungen leben Arme auf dem Land oft vereinzelt, ohne Kontakt zu anderen in ähnlicher Situation und ohne die Möglichkeit, über die eigenen Nöte zu sprechen. Viele wünschen sich – wenn man sie fragt – von der Kirchengemeinde Angebote für ihre Kinder (z. B. Hausaufgabenhilfe, Freizeit- und Ferienangebote). Gemeinsam mit Betroffenen können Kirchengemeinden sich für Gerechtigkeit und gegen Ausgrenzung engagieren und ihren gesellschaftlichen Einfluss nutzen, um die Akzeptanz und die Lebenssituation armer Menschen zu verbessern, beispielsweise alternative Fahrdienste organisieren, wenn das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel eingestellt wurde. Dabei spüren die Menschen sehr genau, ob die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchengemeinde ihnen auf Augenhöhe oder von oben herab begegnen. Daran entscheidet sich, ob der Kontakt zu einer weiteren beschämenden Ausgrenzungserfahrung oder zu einem Gewinn für beide Seiten wird.¹⁰

Um die eigene Situation in einer neuen Perspektive sehen zu können, brauchen Menschen in Armutslagen, die oft ihre ganze Energie für das Überleben aufwenden müssen oder längst resigniert haben, mitunter eine ermutigende, nicht diskriminierende Zuwendung von außen. Dies wird in der Regel nicht der Fallmanager sein, hier liegt eine wichtige Aufgabe für Kirchengemeinden. „Kirchengemeinden können in dieser Hinsicht ein hervorragendes Einübungsfeld von Teilhabe und Anerkennung von Armen sein – sie müssen dies allerdings bewusst anstreben.“¹¹

4. Gemeinwesendiakonie als zukunftsweisende Option für Kirchengemeinden

Ein konkretes kirchlich-diakonisches Arbeitsfeld, das die eben genannten Aspekte in besonderer Weise in den Fokus stellt, ist die Gemeinwesendiakonie. Seit etwa zehn Jahren ist Gemeinwesendiakonie ein Modethema: Positionspapiere, Tagungen, Publikationen, millionenschwere Projektförderungen in diversen Landeskirchen. Doch was genau meint dieser Begriff? Aus der Perspektive der verfassten Diakonie bedeutet der gemeinwesendiakonische Ansatz eine sozialräumliche Weiterentwicklung ihrer jeweiligen Arbeitsfelder. Aus der Perspektive von Kirchengemeinden bezeichnet gemeinwesendiakonisches

// Seite 419 //

¹⁰ Vgl. *Winkler*, Nähe, 13ff. und 75ff.

¹¹ *Kirchenamt der EKD*, Gerechte Teilhabe, 77f.

Engagement einen speziellen (gemeinwesenorientierten) Teil der Gemeindediakonie. Martin Horstmann und Elke Neuhausen haben Gemeinwesendiakonie maßgeblich definiert als „gemeinsame Strategie von verfasster Kirche und organisierter Diakonie, bei der kirchliche und diakonische Einrichtungen im Stadtteil mit weiteren Akteuren kooperieren. Ziel ist es, Quartierseffekte zu erzielen“.¹² Gemeinwesendiakonie impliziert eine Öffnung zum Gemeinwesen hin, eine bewusste gemeinsame Verantwortungsübernahme von Kirche und Diakonie für den Ort sowie eine Orientierung an den Lebenslagen der Menschen. Sie ist anschlussfähig an die traditionellen Konzepte von Gemeinwesenarbeit, Stadtteildiakonie, Nachbarschaftszentren und Begegnungsstätten.¹³

Bei gemeinwesendiakonischen Ansätzen geht man nicht davon aus, was die Menschen brauchen könnten, sondern man fragt die Bewohner selbst nach ihren Interessen und Bedarfen. Man erkundet den Stadtteil und die Stimmungslage, entwickelt gemeinsam lokale Ideen und setzt sie um. Zentral ist die Mitentscheidung der Bewohnerinnen und Bewohner. Bei gemeinwesendiakonischen Ansätzen arbeitet man nicht defizitorientiert, sondern mit den Ressourcen des Stadtteils bzw. seiner Bewohner, um strukturelle Defizite aufzuheben. „Damit verändern sich allerdings auch die Lebensverhältnisse und Handlungsspielräume der Bewohner.“¹⁴ Die Frage nach den Ressourcen der Menschen in Armutslagen, insbesondere im Blick auf Migrantinnen und Migranten, sollte dabei nicht auf Folklore und außergewöhnliche Speisen reduziert werden.¹⁵ Es geht darum, Menschen zu beraten und zu aktivieren, ihr Schicksal selbstbewusst in die Hand zu nehmen. „Sie sollen zu Subjekten politisch aktiven Handelns und Lernens werden und zunehmend Kontrolle über ihre Lebensverhältnisse gewinnen.“¹⁶ Das Wahrnehmen und das Berührtwerden von Armut und Ausgrenzung führen zu Solidarität und zur Arbeit an der Behebung der Ursachen. Der Ort dafür ist das Gemeinwesen.¹⁷ Gemeinwesenorientierte Unterstützungsnetzwerke bzw. Verbesserungen der sozialen Infrastruktur können diesen Anspruch endlich auch realisieren und strukturelle Armut bekämpfen sowie Teilhabe im Gemeinwesen ermöglichen.¹⁸ Es wäre zu wünschen, dass viele Kirchengemeinden sich in den aktuellen innerkirchlichen Richtungsdebatten

¹² Horstmann u.a., Mutig mittendrin, 1.

¹³ Vgl. Horstmann u.a., Mutig mittendrin, 5.

¹⁴ Oelschlägel, Zum politischen Selbstverständnis, 30.

¹⁵ Vgl. Wustmans, Grenzen erlassen, 181.

¹⁶ Oelschlägel, Zum politischen Selbstverständnis, 30.

¹⁷ Vgl. Horstmann u.a., Gott im Gemeinwesen, 78.

¹⁸ Vgl. Diakonisches Werk der EKD, Handlungsoption, 12.

über mögliche Profilierungsformen und Schwerpunktsetzungen für eine gemeinwesendiakonische Profilierung entscheiden. Die theologischen Gründe, die eine solche Entscheidung nahelegen, sind vielfältig, von der biblischen Option für die Armen über die Entäußerung Gottes in die Welt bis zum Reich Gottes, das in der Gemeinschaft mit Ausgegrenzten anbricht. Stefanie Rausch formuliert treffend: „Die Gemeinwesendiakonie kann und sollte mit ihren unterschiedlichen Akteuren und Einrichtungen ganz konkret dazu beitragen, dass die Armen und das Armutsthema nicht nur auf dem Sozialamt, der Wohngeldbehörde oder im Jobcenter sichtbar werden. [...] Armut als gesellschaftliches Phänomen zu erkennen und öffentlich darüber zu reden, ist eine Sache. Eine andere ist es, arme Menschen als solche wahrzunehmen und im Gemeindeleben einen gebührenden Umgang damit zu erlernen – und zwar ohne jede Attitüde von Sozialromantik oder mitleidigen Überlegenheitsdünkel.“¹⁹

Literatur

Diakonisches Werk der EKD (Hg.), Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie (Diakonie Texte 12.2007), Berlin 2007.

Grosse, Heinrich, Von einer Kirche für die Armen zu einer Kirche mit den Armen?, in: Johannes Eurich u.a. (Hg.), Kirchen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Theologische Grundlagen und praktische Ansätze für Diakonie und Gemeinde, Stuttgart 2011, 309-328.

Holz, Gerda, Kommunale Strategien gegen Kinder- und Bildungsarmut. Oder: Der Ansatz kindbezogener Armutsprävention (nicht nur) für Kommunen, in: Walter Hanesch (Hg.), Die Zukunft der „Sozialen Stadt“. Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen, Wiesbaden 2011, 299-324.

Horstmann, Martin u.a., Mutig mittendrin. Gemeinwesendiakonie in Deutschland, Berlin 2010.

– , Gott im Gemeinwesen. Sozialkapitalbildung in Kirchengemeinden, Berlin 2014.

¹⁹ Rausch, Gemeinwesendiakonie, 62.

Kirchenamt der EKD (Hg.), Gerechte Teilhabe. Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität, Gütersloh 2006.

Kümpers, Susanne u.a., Zur Bedeutung des Sozialraums für Gesundheitschancen und autonome Lebensgestaltung sozial benachteiligter Älterer: Befunde aus Berlin und Brandenburg, in: Claudia

// Seite 421 //

Vogel u.a. (Hg.), Altern im sozialen Wandel: Die Rückkehr der Altersarmut?, Wiesbaden 2013, 81-97.

Oelschlägel, Dieter, Zum politischen Selbstverständnis der Gemeinwesenarbeit, in: Stefan Gillich (Hg.), Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch. Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit auf aktuelle Herausforderungen, Gelnhausen 2007, 30-39.

Rausch, Stefanie, Gemeinwesendiakonie als strategische Orientierung kirchlicher Träger. Neue Perspektiven für kirchliche Gemeinden und Wohlfahrtsverbände auf der Stadtteilebene, Wiesbaden 2015.

Sozialwissenschaftliches Institut der EKD u.a. (Hg.), Solidarische Kirchengemeinde. Eine Arbeitshilfe zum Thema Armut, Hannover 2014.

Wegner, Gerhard, „Enabling Churches“. Kirchen als Inklusionsagenten, in: Johannes Eurich u.a. (Hg.), Kirchen aktiv gegen Armut und Ausgrenzung. Theologische Grundlagen und praktische Ansätze für Diakonie und Gemeinde, Stuttgart 2011, 211-231.

Winkler, Marlis, Nähe, die beschämt. Armut auf dem Land, Berlin 2010.

Wustmans, Hildegard, Grenzen ermessen und Aufbrüche wagen. Pfarrgemeinden als Orte der Integration, in: Marianne Heimbach-Steins (Hg.), Zerreißprobe Flüchtlingsintegration, Freiburg u.a. 2017, 175-187.